

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 23

Artikel: Rot-braun-weiße Allianz im Vormarsch
Autor: Bruderer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093212>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Georg Bruderer zur Lage in Russland

Rot-braun-weiße Allianz im Vormarsch

Im Dezember 1990 warnte Aussenminister Eduard Schewardnadse im Parlament vor einem drohenden Staatsstreich, der dann im August 1991 tatsächlich stattfand. Im Oktober 1992 warnten vier russische Regierungsmitglieder vor einem bevorstehenden Staatsstreich. Findet auch dieser Putsch statt?

Aussenminister Andrej Kosirew, Vize-Premier und Informationsminister Michail Poltoranin, Anatolij Tschubajts und Staatssekretär Gennadij Burbulis erklärten am 16. Oktober an einer Pressekonferenz, dass die politische Situation in Russland sich dramatisch verändert und ein Umsturz vorbereitet wird mit dem Zweck, die von der Regierung eingeleiteten Wirtschaftsreformen rückgängig zu machen. Sie stellten eine zunehmende Aktivierung der revanchistischen Kräfte auch unter den Parlamentsabgeordneten fest.

Eine Woche später, am 24. Oktober, hat in Moskau die Gründungsversammlung der «Front der nationalen Rettung» stattgefunden. Diese «Front» ist ein merkwürdiges, aber für die heutigen chaotischen Zustände in Russland typisches Sammelsurium von Parteien, Organisationen und Bewegungen, die teilweise zu grundsätzlich verschiedenen politischen Lagern gehören und sich oft erbittert bekämpfen haben.

Diese rührende Vereinigung von Altkommunisten und extrem national-



Die Warner: A. Kosirew (links) und M. Poltoranin.

istischen «echten Patrioten», von früheren KGB-Generälen und über den Zerfall der Union besorgten Literaten, von Obersten (und Generalobersten) und faschistoiden Schlägertypen ist eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die politische Stabilität in Russland, weil dies ein Zweckbündnis ist mit einem gemeinsamen Feindbild: Präsident Jelzin und die Regierung Gajdars.

Über diese Gefahr sprach Präsident Jelzin kürzlich an einer Konferenz im russischen Aussenministerium, wo er über die Prioritäten der gegenwärtigen Aussenpolitik Russlands folgendes ausführte: «Das Aussenministerium muss durch seine Vertretungen im Ausland erklären, welche



Gefahr von dieser «Front» ausgehen kann. Nicht nur für Russland und die GUS-Staaten, sondern auch für andere Länder. Das ist eine grosse Gefahr, aber im Westen versteht man das noch nicht.»

Die russischen Fröntler

Die führenden Mitglieder der «Front» sind, wie gesagt, eine bunte rot-weiss-braune Mischung. Dazu gehören: der frühere ZK-Parteisekretär G. Süganow; der sich schon gegen M. Gorbatschow profilierende Oberst V. Alksnis; der Putschistenanhänger Generaloberst A. Makaschow; KGB-General A. Sterligow; die rabiate Parlamentsabgeordnete S. Umalato-

wa; der durch seine antisemitischen Schriften berühmt gewordene Mathematikprofessor I. Schafarewitsch; der sich immer noch zur kommunistischen Ideologie offen bekennende Philosoph Professor R. Kosolapow; der Vorsitzende der «echt patriotischen Partei der Volksfreiheit», M. Astafjew; der Vorsitzende des Russischen National-Patriotischen Zentrums, N. Lissenko; der Vorsitzende der Russischen Allgemeinen Volksunion, S. Baburin; der Kriegspoet, der den Afghanistankrieg besungen hatte, A. Prochanow; der für Russland als Grossmacht kämpfende Christdemokrat V. Aksjutschiz.

In einem offenen Brief an Präsident Jelzin, veröffentlicht in der «Pravda» vom 21. Oktober, fordern neun Parlamentsdeputierte (Erstunterzeichner: V. Aksjutschiz und M. Astafjew) den Präsidenten auf: «Wenn Ihnen Russland lieb ist — treten Sie zu-rück! Wir werden uns um Russland willen dafür einsetzen.»

In diesem offenen Brief, in den Ausführungen an der Gründungsversammlung der «Front» und in ihrem Manifest findet man viele Hinweise auf die Unterlassungen und Fehler Jelzins und seiner Regierung, auf die Nachteile der eingeleiteten Reformen und die schwierige Situation der Bevölkerung. Da aber solche Ausführungen faktisch nichts Neues enthalten und in den Reden Jelzins und Gajdars selbst sogar noch ausführlicher und «brutaler» enthalten sind, sucht man nach den praktischen Vorschlägen, nach anderen Methoden und den eigentlichen Zielen der «Front».

Bei genauerem Hinsehen und Hören können ausser der Kritik und den Schimpftiraden auch gewisse Absichtserklärungen festgestellt werden. Dies sind:

- «Wir werden die Beschlüsse der Verschwörerclique über die Auflösung der Union niemals anerkennen.»
- «Unsere Politik gegenüber den Republiken wird in der etappenweisen Wiederherstellung des Einheitsstaates bestehen.»
- «Die in das Bewusstsein der Gesellschaft eingepflanzte Idee der vollständigen nationalen Souveränität ist gefährlich.»



Die Fröntler v. l. n. r.: M. Astafjew, V. Alksnis, N. Lissenko.





Faschismus mit kommunistischem Gesicht an Kundgebungen in Moskau.



– «Wir haben politische und ökonomische Mittel, um die Vereinigung des Landes zu erreichen.»
 – «Russland wird die Beziehungen zu den früheren Partnern wiederherstellen und neue strategische Verbündete finden.»
 – «Unser Verhalten gegenüber den Regimen in Weissrussland und in der Ukraine wird nicht durch die Normen des Völkerrechts bestimmt, sondern durch die Bestimmungen des Strafrechts.»
 – «Wir werden die Informationen über die Tätigkeit der Journalisten sammeln und gewisse Informationsmedien gerichtlich verfolgen.»
 – «In der nächsten Zeit werden wir um die Macht kämpfen und entscheiden wie noch nie handeln.»

Das Wirtschaftsprogramm der russischen Fröntler sieht so aus: Alle Firmen, Gesellschaften und Genossenschaften werden nationalisiert. Alle Vorschriften zur Privatisierung werden annulliert.

Retter der Nation oder der Nomenklatur?

Beides beginnt zwar gleich — mit einem «N», endet aber mit Volkswohl oder mit der Volksverdummung und Versklavung. Die wirklichen Ziele der «Front» sind nicht der soziale Schutz der Bevölkerung und die wirklichen nationalen Interessen

Russlands, sondern die Machtergreifung zur Wiederherstellung der zentralen Strukturen, der zentralisiert geführten Planwirtschaft, zur Rettung des militärisch-industriellen Komplexes, zur Abschaffung der nationalen Souveränität (es genügen folkloristische Darbietungen).

Eine bemerkenswerte Analyse der heutigen politischen Situation, die auch die Hintergründe der «Front»-Bildung erklärt, machte kürzlich Ella Pamfilowa, Minister für sozialen Schutz der russischen Bevölkerung («Iswestija», 28.10.92): «Im Rahmen der politischen Veränderungen seit dem Augustputsch war es unmöglich, das mittlere Glied der Machtstrukturen zu ersetzen. Wir haben versäumt, dieser mittleren Verwaltungsschicht neue Bedingungen und Kriterien zu schaffen. Das hatte schreckliche Folgen: Der Apparat hat seinen Einfluss und seine Macht erweitern können, besonders im Bereich der Verteilung. Es war ein Fehler, als wir ihnen erlaubten, das Staatseigentum zu verteilen und ihre dienstliche Stellung auszunützen. Die Allmacht der Beamten im Bereich der Verteilung der Werte führt zum Zynismus und zur Korruption. Heute verfügt die alte Nomenklatur der mittleren Kader, die in den Regionen, Gebieten und Ortschaften die lokale Politik bestimmen, über die reale Macht.»

Aufbäumen der Demokraten

Eine grosse Anzahl bekannter Persönlichkeiten der demokratischen Bewegung und viele Parlamentsabgeordnete richteten an Kundgebungen und in schriftlichen Aufrufen an Präsident Boris Jelzin die Aufforderung, entschieden gegen die neuformierte kommunistisch-patriotische Opposition vorzugehen. Unter den Unterzeichnern des Aufrufs und den Kundgebungsrednern findet man u. a.: A. Adamowitsch, E. Bonner, A. Gelman, J. Karjakin, S. Kowakjow, J. Nagibin, B. Okudschava, W. Seljunin, A. Pristavkin, G. Jakuni, I. Soktunowskij, W. Schostakowsij, D. Danin.

Die Demokraten bezeichnen den Kampf der pseudopatriotischen Opposition als beabsichtigte Destabilisierung durch Entfaltung der sozialen und nationalistischen Hysterie: «Diese Opposition schürt den imperialen Grossmachtchauvinismus, aggressiven Nationalismus und Antisemitismus... Sie will Russland nicht nur vom bürgerlichen Westen abgrenzen, sondern auch gegen die nächsten Nachbarn aus der früheren Sowjetunion und aus dem früheren sozialistischen Lager... Den bevorstehenden VII. Kongress der Volksdeputierten braucht die Opposition als Mechanismus für einen «konstitutionellen» Umsturz. Man rechnet mit

der Annahme solcher Verfassungskorrekturen, die entweder den Präsidentenposten abschaffen oder seine Vollmachten wesentlich einschränken würden... Der Staatsstreich wird vielleicht kein Putsch sein, sondern eine schleichende Apparatenomenklatur-Revanche unter national-imperialen Parolen.»

Präsident Jelzin hat bekanntlich die «Front», die als Organisation noch nicht registriert war, bereits verboten, trotz Geschrei der Kommunisten über verletzte Menschenrechte. Die Stellungnahme der Demokraten formulierte an einer Kundgebung W. Seljunin: «Wenn die Massnahmen des Präsidenten, wie beispielsweise die Auflösung des Kongresses, einige antikonstitutionelle Merkmale aufweisen werden, müssen die Demokraten den Präsidenten trotzdem unterstützen. Denn wenn Deputierte ihn an der Gurgel fassen und im Land Machtzerfall und Anarchie drohen, sind harte Massnahmen notwendig.»

Die Zeit der Nachsicht, des Lavierens und der Kompromisse ist eindeutig vorbei. Einen Hungerwinter gibt es in Russland wahrscheinlich nicht, hoffentlich wird er auch unblutig. ■